

## Unsere Verantwortung, unser Ziel: Keine Neuverschuldung ab 2020

SPD-Fraktion und Senat sind mit dem festen Ziel angetreten, die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten. Das bedeutet: Ab dem Jahr 2020 ist den Bundesländern die Aufnahme neuer Kredite untersagt.

„Das bedeutet aber auch, dass wir keine Zeit mehr verlieren dürfen, um den Haushalt entsprechend umzusteuern. Und mit den Etat-Planungen für 2011/12 sind wir hier bereits auf einem sehr guten Weg“, sagt Jan Quast, Fachsprecher Haushalt der SPD-Fraktion. Eine solide Finanzpolitik entscheide sich vor allem im konsequenten Durchhalten einer finanzpolitischen Leitlinie über einen langen Zeitraum. Diesem Leitgedanken fühlt sich die SPD-Fraktion verpflichtet. „Genau das haben die CDU-Finanz-

senatoren in den letzten Jahren vermissen lassen. Neun Jahre hat die CDU Verantwortung für die Finanzen der Stadt getragen, die letzten Jahre gemeinsam mit der GAL. Das Ergebnis ist ein haushaltspolitischer Scherbenhaufen“, betont Quast.

Auch wenn Hamburg derzeit von der gesamtwirtschaftlichen Lage profitiert, dürfen aus Sicht der SPD-Fraktion daraus keine voreiligen haushaltspolitischen Rückschlüsse gezogen werden. Den Haushalt auf Grundlage von monatlich stark schwankenden, stichtagsbezogenen Finanzdaten zu konsolidieren, wie es die CDU jüngst immer wieder gefordert hat, ist schlichtweg unseriös.

Neben einer strikten Ausgabendisziplin muss aber auch

die Einnahmeseite betrachtet werden. Nur so ist die Handlungsfähigkeit unseres Stadtstaates dauerhaft gesichert. Für die SPD-Fraktion gehört dazu ein effektiverer und gerechterer Steuervollzug, der im Sinne von mehr Steuergerechtigkeit sicherstellt, dass alle auch den Beitrag leisten, zu dem sie verpflichtet sind. Die SPD-Fraktion hat deshalb den Senat beauftragt, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln, welches einen Schwerpunkt auf die Betriebsprüfung legen soll.

Angesichts der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte sollten außerdem insbesondere die „starken Schultern“ großer Privatvermögen einen höheren Beitrag leisten. Die SPD-Fraktion hat sich in diesem Zusammen-

hang noch einmal mit einem Antrag für gemeinsame Anstrengungen des Bundes und aller Bundesländer zur Einführung einer gerechten Besteuerung von großen Vermögen und des Finanzsektors eingesetzt. Die Vermögenssteuer sollte so gestaltet sein, dass sie die oberen 5 Prozent der Vermögen erfasst, selbstgenutztes Wohneigentum freistellt und das produktive Betriebsvermögen sowie Zukunft sichernde Investitionen des Mittelstands und des Handwerks ausreichend berücksichtigt. „Wir setzen darauf, dass auch CDU-regierte Länder das irgendwann verstehen und eine entsprechende Bundesratsinitiative Hamburgs unterstützen – ein Blick in ihre Kassen dürfte dafür eigentlich genügen“, so Quast.

# Rathaus-Report

November/2011



**Hochschulpolitik:**  
Studiengebühren werden abgeschafft

**Das Kita-Sofort-Paket:**  
Wir machen Kitas wieder bezahlbar

**Hamburger Wohnungsmarkt:**  
Wohnungsbau vorantreiben, Mieter stärken

Bilanz nach 6 Monaten

## Hamburg wird wieder verlässlich regiert

In den vergangenen Monaten hat sich im politischen Leben Hamburgs außerordentlich viel verändert. Nach dem Zusammenbruch der schwarz-grünen Regierung hat die große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der SPD bei der Bürgerschaftswahl am 20. Februar das Vertrauen ausgesprochen.

62 Abgeordnete aus den unterschiedlichsten Berufen und Generationen sitzen seitdem für Sie in der Hamburgischen Bürgerschaft. Dieses eindrucksvolle Mandat nimmt uns als Regierungsfraktion ebenso wie den von Olaf Scholz geführten Senat in die Pflicht, Hamburg nun rasch wieder auf die richtige Spur zu bringen.

Senat und Fraktion sind mit dem Ziel angetreten, Hamburg wieder verlässlich und solide zu regieren und die politischen Irrtümer der CDU-geführten Vorgängersenate zu korrigieren. Grundlage dafür ist das Regierungsprogramm, das in den kommenden Jahren Schritt für Schritt umgesetzt wird – solide, verlässlich und pragmatisch. Erste wichtige Wegmarken haben wir in den ersten Monaten unserer Regierungszeit bereits gesetzt: Dazu gehört unter anderem die

Rücknahme der vom schwarz-grünen Vorgängersenate beschlossenen Kita-Gebührenerhöhung, die Abschaffung der Studiengebühren oder auch der neue ‚Vertrag für Hamburg‘, mit dem wir die Voraussetzungen zum Bau von jährlich 6.000 neuen Wohnungen geschaffen haben. Mehr darüber lesen Sie auf Seite 3.

Die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs haben der SPD als Regierungsfraktion mit ihrer Wahlentscheidung eine Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft gegeben, und damit die Möglichkeit, ihr politisches Programm in den kommenden Jahren Stück für Stück abzuarbeiten. Aber auch in Zeiten einer absolu-

ten Mehrheit gilt: Demokratie ist kein Alleingang. Politische Entscheidungen sind immer das Ergebnis umfangreicher Abwägungen, Prüfungen und Erörterungen – im Parlament, in den Ausschüssen und natürlich mit der Stadt, ihren Institutionen sowie im kontinuierlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Diese politische Kultur zu pflegen und zu fördern ist für uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Aktuell steht im Rathaus alles im Zeichen der Haushaltsberatungen 2011/12 und mit ihren parlamentarischen Initiativen setzt die SPD-Fraktion dazu wichtige politische Akzente. Die nächste Ausgabe des Rathaus-Report im Dezember

wird sich ausführlich mit diesem Thema befassen. Doch soviel vorweg: Bei allen Entscheidungen müssen wir immer eines ganz besonders im Blick haben: Politischer Gestaltungsspielraum steht und fällt mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik. Angesichts einer Verschuldung Hamburgs von 28 Milliarden Euro und jährlichen Zinszahlungen von gut einer Milliarde Euro gilt dies für unsere Stadt in ganz besonderem Maße. Die CDU-geführten Senate haben uns ein sehr schweres Erbe hinterlassen. So kann und wird es nicht weitergehen. Wir als SPD-Fraktion setzen auf eine langfristige und nachhaltige Sanierung des Hamburger Haushalts – auf eine seriöse Finanzpolitik mit Augenmaß. Unser klares Ziel heißt: Keine Neuverschuldung ab dem Jahr 2020 und damit Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse.

## → PRESSESPIEGEL

Altbürgermeister Ole von Beust (CDU) bekennt auf Hamburg1: „Ich kann soviel sagen, dass ich finde, dass er (Olaf Scholz, Anm. der Redaktion) es persönlich (...) solide macht.“ Eltern mit kleinen Kindern würden es wahrscheinlich ähnlich formulieren. Schließlich hat Scholz in seinen ersten drei Monaten – wie im Wahlkampf versprochen – mit seinem Senat die Rücknahme der noch von Schwarz-Grün erlassenen Kita-Gebührenerhöhung beschlossen. (...) Und auch das Krisenmanagement bei der EHEC-Epidemie kann sich Beobachtern zufolge sehen lassen (...)

**Hamburger Abendblatt, 10.6.2011**

Schon wieder macht der neue Senat Eltern glücklich: Alle Grundschüler bekommen eine kostenlose Betreuung bis 16 Uhr. Die Kinder bleiben in der Schule, werden aber von Erziehern der bisherigen Kita-Horte betreut. Der Senat investiert 112 Millionen Euro – 30 Millionen mehr, als unter Schwarz-Grün eingeplant war. Spätestens im Sommer 2013 gibt's das Angebot an allen Schulen.

**Hamburger Morgenpost, 1.9.2011**

Der Führungsstil und die öffentliche Präsenz von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) kommen offenbar gut an bei Hamburgs Wirtschaft. In einer Blitzumfrage durch den Unternehmensverband UVNord unter 33 Firmen in der Stadt mit zusammen 25.000 Beschäftigten gaben 67 Prozent der Firmen an, dass sie mit der bisherigen Arbeit des Senats zufrieden sind.

**Hamburger Abendblatt, 22.10.2011**

## → INFO

**Möchten Sie:**

- den Rathaus-Report bestellen,
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen,
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

**Dann schreiben Sie uns:**

SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Hamburger Rathaus (3. Stock)  
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg  
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35  
E-Mail: info@spd-fraktion.hamburg.de

V.i.S.d.P.: Dirk Kienscherf, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

## Wir halten Wort: Studiengebühren werden abgeschafft

**SPD-Bürgerschaftsfraktion und Senat machen den Weg frei für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit in Hamburg und schaffen zum Wintersemester 2012/13 die Studiengebühren ab.**

Als Ausgleich bekommen die Hochschulen jährlich 39 Millionen Euro aus dem Hamburger Haushalt. Von diesem Betrag gehen ab 2013 jährlich 1,2 Millionen Euro an das Studierendenwerk. Damit werden die Kürzungen des CDU/GAL-Vorgängersensats wenigstens zur Hälfte zurückgenommen. Dies bedeutet im Ergebnis: Die Mensenpreise bleiben stabil, die Semestergebühren werden wieder gesenkt.

„Studieren in Hamburg wird wieder günstiger, die Infrastruktur für Studentinnen und Studenten gestärkt – das sind die zentralen Botschaften dieses bedeutsamen Maßnahmenpakets. Dadurch wird der Wissen-

schaftsstandort Hamburg für junge Menschen noch attraktiver“, betont Philipp-Sebastian Kühn, Fachsprecher Hochschule der SPD-Fraktion. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollte nicht der Geldbeutel der Eltern über die Aufnahme eines Studiums entscheiden sondern die Attraktivität der Studiengänge an den Hamburger Hochschulen.



Ein weiterer Meilenstein für den Wissenschaftsstandort Hamburg ist der jüngst beschlossene Zukunftspakt zwischen Universität und Wissenschaftsbehörde. Kühn: „Jetzt kann die Universität die kommenden Jahre verlässlich planen und ihre finanziellen Mittel so einsetzen, wie es notwendig ist. Überall dort, wo die Universität Geld einspart, kann

sie sich nun selbst Spielräume für neue Investitionen schaffen.“ Die Entscheidungshoheit über das eigene Personal werde das Leben an der Universität nachhaltig erleichtern und Verwaltungsprozesse verschlanken, so Kühn weiter.

Auf dieser guten Basis wird die SPD-Fraktion auch die nächsten Punkte angehen. Dazu gehört unter anderem eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmung an den Hochschulen und eine Korrektur falscher Strukturentscheidungen der letzten Jahre. „Hier werden wir in Kürze mit den Hochschulen und ihren Mitgliedern in einen engen Dialog treten“, kündigte Kühn an. „In Zeiten von Haushaltssanierung und Schuldenbremse ist es nicht einfach, den Anforderungen und Ansprüchen gerecht zu werden, die im Wissenschaftsbereich an die Stadt gestellt werden. Trotzdem gelingt es uns, Schritt für Schritt die Weichen auf Zukunft zu stellen.“

## Wir machen Kitas wieder bezahlbar

**Seit dem 1. August ist das Kita-Sofort-Paket in Kraft. Damit hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion ein wichtiges Wahlversprechen eingelöst und die Kita-Gebührenerhöhung des CDU/GAL-Vorgängersensats wieder zurückgenommen. Das Maßnahmenpaket umfasst unter anderem:**

- ☉ Die Rücknahme der allgemeinen Erhöhung der Elternbeiträge von bis zu 100 Euro monatlich pro Kind,
- ☉ die Rücknahme der extremen Gebührenerhöhung für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder,
- ☉ die Abschaffung des Essengeldes,
- ☉ die Beendigung des Ausschlusses der so genannten „Kann-Kinder“ vom beitragsfreien letzten Kita-Jahr und
- ☉ die Erweiterung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz wieder bis zum 14. Lebensjahr.

Dies bedeutet für Eltern in Hamburg eine spürbare finanzielle Entlastung, größere Planungssicherheit sowie eine erhebliche Verbesserung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Chancengleichheit ist uns wichtig und der Besuch einer Kita spielt hier eine große Rolle“, so Melanie Leonhard, Fachsprecherin Familie, Kinder und Jugend der SPD-Fraktion. „Kinder, deren Eltern sich den Besuch einer Kita nicht leisten können, haben es in der Schule oft schwerer. Von daher sind wir sehr froh, diesen bildungs- und integrationspolitischen Irrweg des Vorgängersensats nun schnell beendet zu haben.“

Die SPD-Fraktion wird es aber nicht dabei belassen, Fehler zu beseitigen, sondern mit weiteren Maßnahmen dafür sorgen, Hamburg zur familienfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen. Dazu Leonhard: „Unser nächster Schritt wird die Einführung des allgemeinen Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr sein. Dieser gilt ab dem 1. August 2012. Zudem werden im Laufe der Legislaturperiode mehr Erzieherinnen und Erzieher in Kitas in sozialen Brennpunkten eingesetzt und das fünf-stündige Grundangebot wird beitragsfrei.“

Die Gruppengröße und Erzieher-Kind-Relation sind entscheidende Faktoren für die Qualität früher Bildung und Förderung – und haben besondere Bedeutung in Kitas in sozialen Brennpunkten. Als Einstieg in die Qualitätsverbesserung werden deshalb die Förderbedingungen in den Kitas, die eine entsprechende Sozialstruktur aufweisen, verbessert werden. Außerdem von besonderer Bedeutung für die Chancengleichheit und für eine erfolgreiche Integrationspolitik sind kleinere Gruppen und eine gute Ausstattung mit Fachkräften.

## Wohnungsbau konsequent vorantreiben – Mieterschutz stärken

**Der kürzlich vorgestellte Mietenspiegel belegt aus Sicht der SPD-Fraktion erneut die besorgniserregende Entwicklung auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Die Zahlen bestätigen den dringenden Handlungsbedarf und die Alternativlosigkeit des Kurswechsels in der Wohnungsbaupolitik nach dem Regierungswechsel.**

Der deutliche Anstieg des Mittelwertes des Mietenspiegels um 5,8 Prozent auf nunmehr 7,15 Euro pro Quadratmeter ist nicht überraschend. Er verschärft die bereits sehr angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zusätzlich: Gerade bei preisgünstigen Wohnungen klaffen dramatische Versorgungslücken.

Andy Grote, Fachsprecher Stadtentwicklung der SPD-Fraktion: „Der aktuelle Mietenspiegel ist das Ergebnis von zehn Jahren Totalversagen der CDU-Senate in der Wohnungspolitik. Diese wohnungspolitische Schlussbilanz der Vorgängersenate zeigt, wie bitter notwendig das entschlossene Umsteuern zu Gunsten von deutlich mehr Wohnungsbau war und ist.“

Mit den verbindlichen Vereinbarungen mit Bezirken und Wohnungswirtschaft, der erheblichen Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus, der massiven Steigerung beim SAGA-Wohnungsbau und der gezielten Vergabe städtischer Grundstücke nach wohnungspolitischen Kriterien sind bereits zentrale Voraussetzungen für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum geschaffen worden. „Der entscheidende Hebel liegt in der deutlichen Steigerung beim Wohnungsneubau auf 6.000 Wohnungen pro Jahr – davon ein Drittel öffentlich gefördert. Dieser Kurs muss mit aller Entschlossenheit fortgesetzt werden. Nur mit einem erheblich gesteigerten Neubau kann das Angebot insbesondere an preiswertem Wohnraum erhöht und die Mietpreisentwicklung nach-

haltig gebremst werden. Die bis Ende September 2011 bereits erteilten 5.253 Baugenehmigungen für neue Wohnungen sind ein erster Silberstreif am Horizont“, betont Grote.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, mit weiteren gezielten Maßnahmen die Lage auf dem Hamburger Wohnungsmarkt zu verbessern. Dazu wurde ein entsprechendes Eckpunktepapier entwickelt. Außerdem wird die Fraktion zu den Haushaltsberatungen eine parlamentarische Initiative in die Bürger-



schaft einbringen, um den Bau von mehr bezahlbarem Wohnraum weiter anzukurbeln und sie wird eine Expertenanhörung des Stadtentwicklungsausschusses zum Mieterschutz anstoßen. „Unser Anspruch muss sein, die Mietpreisspirale zu durchbrechen“, so Andy Grote.

**Die Schwerpunkte und Maßnahmen der SPD-Fraktion im Überblick:**

**Forcieren von bezahlbarem Neubau**

☉ Jeder Bauherr, der bereit ist, eine Sozialwohnung im 1. För-

derweg zu bauen, soll hierfür auch eine Förderung durch die Wohnungsbau-Kreditanstalt erhalten können – gegebenenfalls auch über die im Wohnungsprogramm vorgesehenen 1.200 Wohneinheiten hinaus.

☉ Hohe Grundstückspreise bedeuten auch hohe Mieten. In Zukunft soll bei der Vergabe städtischer Grundstücke konsequent die Realisierung von günstigem Wohnraum Vorrang in der Gewichtung gegenüber anderen Kriterien erhalten.



☉ In Zukunft soll die Stadt aktiv Flächen entwickeln und dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Hierbei soll zudem ein gesamtstädtisches Informationssystem Flächenpotenziale erfassen.

☉ Bei aktuellen und auch zukünftigen Stadtentwicklungsprojekten soll überprüft werden, ob der Anteil der Büro- und Gewerbeflächen zugunsten von Wohnflächen verringert werden kann.

☉ Bezahlbaren Wohnraum muss es in allen Stadtteilen geben. Mit

Instrumenten wie städtebaulichen Verträgen soll auch auf privaten Flächen ein verbindlicher Anteil von Sozialwohnungen festgeschrieben werden.

**Stärkung des Mieterschutzes**

☉ Gewachsene Nachbarnschaften brauchen Schutz vor Verdrängung. Die Verfahren zur Umsetzung von Sozialen Erhaltungsverordnungen sollen daher beschleunigt werden.

☉ Der Mietwucherparagraph des Wirtschaftsstrafgesetzes ist derzeit wirkungslos. Eine Novellierung des Gesetzes muss erreichen, dass die Ausnutzung eines zu geringen Angebotes im betroffenen Stadtteil bereits als Mietwucher unzulässig ist und nicht auf günstigere Wohnungen im gesamten übrigen Stadtgebiet verwiesen werden kann.

☉ Energetische Modernisierung darf nicht zum Mietpreistreiber werden. Hier soll ein Konzept zur gerechten Verteilung entwickelt werden.

☉ Die Instrumente des Wohnraumschutzgesetzes zur Bekämpfung von Leerstand und Verwahrlosung von Mietwohnungen müssen überprüft und verschärft werden.

☉ Hamburg muss gemeinsam mit anderen Bundesländern, Städten und Gemeinden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinwirken, dass der Bund sich nicht wie geplant aus seiner Finanzierungsverantwortung für soziale Stadtteilentwicklung und öffentliche Sanierungsverfahren zurückzieht.